ZEITLER
& PARTNER
RECHTSANWÄLTE

DATENSCHUTZINFORMATION FÜR MANDANTINNEN UND MANDANTEN

Information gemäß Art 13 und Art 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sowie dem Datenschutzgesetz (DSG)

Wir informieren Sie darüber, welche personenbezogenen Daten wir im Zusammenhang mit der Anbahnung, Durchführung und Abwicklung eines Mandats verarbeiten und welche Rechte Ihnen zustehen. Die Information richtet sich auch an natürliche Personen, die als Vertreter, Beschäftigte oder Ansprechpartner unserer Mandantinnen beziehungsweise Mandanten mit uns in Kontakt stehen. Sie betrifft die Mandatsbetreuung; für Verarbeitungen im Zusammenhang mit unserer Website gilt unsere dort abrufbare Datenschutzerklärung.

Nachfolgend finden Sie nähere Informationen über die von uns durchgeführten Datenverarbeitungen:

I. VERANTWORTLICHER

ZEITLER & PARTNER Rechtsanwälte GmbH
Hafenstraße 47-51/B/3
A - 4020 Linz
+43 732 28 60 28
office@zeitler-ra.at

Anfragen zum Datenschutz und zur Ausübung Ihrer Rechte können Sie an die vorstehenden Kontaktdaten richten.

II. KATEGORIEN VON DATENVERARBEITUNGEN, ZWECK UND RECHTSGRUNDLAGE DER DATENVERARBEITUNG

1. Datenkategorien

Wir verarbeiten die für den jeweiligen Zweck erforderlichen Daten. Dazu können insbesondere gehören:

- Stamm- und Kontaktdaten (Name, Geburtsdatum, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse, berufliche Funktion, Vertretungsbefugnis und Angaben zur Identität);
- Mandats- und Verfahrensdaten (Sachverhalt, Korrespondenz, Gesprächs- und Aktenvermerke, Verträge, Urkunden, Beweismittel, gerichtliche und behördliche Unterlagen sowie Informationen über beteiligte Personen und Rechtsverhältnisse);
- wirtschaftliche Daten (Einkommens-, Vermögens-, Unternehmens- und Beteiligungsdaten, Bankverbindungen, Zahlungsdaten, Leistungsaufzeichnungen und Honorarnoten);
- besonders geschützte Daten (je nach Angelegenheit Gesundheitsdaten, Angaben zum Sexualleben oder zur sexuellen Orientierung, religiösen oder politischen Überzeugungen sowie sonstige Daten nach Art 9 DSGVO;

- außerdem Daten über strafbare Handlungen, Verdachtslagen und Verurteilungen nach Art 10 DSGVO)
- sowie Identifizierungs- und Sicherheitsdaten (soweit erforderlich Ausweisdaten, Angaben zu wirtschaftlichen Eigentümern, Mittelherkunft und politisch exponierten Personen sowie technische Kommunikations- und Sicherheitsprotokolle).

2. Datenherkunft

Daten erhalten wir vor allem von Ihnen. Je nach Mandat stammen sie außerdem von Ihren Vertretern, Arbeitgebern oder anderen Mandantinnen beziehungsweise Mandanten, von Gerichten und Behörden, Gegenparteien und deren Vertretern, Zeugen, Sachverständigen, Versicherungen, Banken (insbesondere KSV 1870) oder sonstigen an der Angelegenheit Beteiligten. Weitere Quellen sind rechtmäßig zugängliche Register und öffentliche Quellen, etwa Firmenbuch, Grundbuch, Zentrales Melderegister, Gewerbe Informationssystem Austria, Register der wirtschaftlichen Eigentümer, Ediktsdatei, berufliche Verzeichnisse oder veröffentlichte Unternehmensinformationen. Welche Quellen im Einzelfall herangezogen werden, richtet sich nach dem Mandat und den gesetzlichen Zugangsrechten.

3. Zwecke und Rechtsgrundlage

Mandatsanbahnung und Mandatsbearbeitung:

Wir verarbeiten Daten zur Prüfung und Übernahme eines Auftrags, zur Beratung und Vertretung, Vertragsgestaltung, Verfahrensführung, Kommunikation, Abrechnung und gegebenenfalls Treuhandabwicklung. Soweit Sie selbst Vertragspartei sind oder auf Ihre Anfrage vorvertragliche Maßnahmen erfolgen, beruht dies auf Art 6 Abs 1 lit b DSGVO. Gegenüber Prozess-/Verfahrensgegnern oder Schuldnern unseres Mandanten verarbeiten wir nur die zur Rechtsvertretung und -beratung erforderlichen Daten (Geltendmachung, Ausübung und Verteidigung von Rechtsansprüchen; Art 6 Abs 1 lit f und Art 9 Abs 2 lit f DSGVO).

Gesetzliche Verpflichtungen:

Art 6 Abs 1 lit c DSGVO ist die Grundlage für die Erfüllung berufs-, steuer- und unternehmensrechtlicher Pflichten, insbesondere nach der Rechtsanwaltsordnung (RAO), der Bundesabgabenordnung (BAO) und dem Unternehmensgesetzbuch (UGB). Hierzu gehören berufsrechtlich gebotene Prüfungen auf Interessenkollisionen, Dokumentation, Aufbewahrung und gesetzlich vorgeschriebene Meldungen.

Berechtigte Interessen:

Soweit keine vorrangigen Interessen oder Grundrechte der betroffenen Person entgegenstehen, stützen wir uns auf Art 6 Abs 1 lit f DSGVO. Unsere Interessen beziehungsweise jene unserer Mandantinnen und Mandanten sind eine ordnungsgemäße Beratung und Vertretung, die Kommunikation mit Ansprechpartnern, die Prüfung und Durchsetzung oder Abwehr von Ansprüchen, die erforderliche Beweissicherung sowie ein sicherer Kanzlei- und IT-Betrieb. Dies betrifft

insbesondere Daten von Ansprechpartnern juristischer Personen und anderen Beteiligten, mit denen kein eigener Mandatsvertrag besteht.

Einwilligung:

Soweit eine Verarbeitung auf Ihrer freiwilligen Einwilligung beruht, ist Art 6 Abs 1 lit a DSGVO maßgeblich. Zweck und Umfang werden bei Einholung der Einwilligung gesondert erläutert. Die Erteilung einer Vollmacht oder der Erhalt dieses Blattes ist keine pauschale datenschutzrechtliche Einwilligung.

Besondere Datenkategorien und Strafdaten:

Für Daten nach Art 9 DSGVO benötigen wir zusätzlich eine Ausnahme vom Verarbeitungsverbot, insbesondere Art 9 Abs 2 lit f DSGVO bei erforderlicher Verarbeitung zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder Art 9 Abs 2 lit a DSGVO bei ausdrücklicher Einwilligung. Daten nach Art 10 DSGVO verarbeiten wir nur im gesetzlich zulässigen Umfang, insbesondere nach § 4 Abs 3 DSG, unter Beachtung der dort vorgesehenen Voraussetzungen und Schutzmaßnahmen.

Geldwäscheprävention und erforderliche Angaben:

Bei den von § 8a Abs 1 RAO erfassten Geschäften bestehen besondere Pflichten zur Verhinderung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung sowie der Nichtumsetzung oder Umgehung gezielter finanzieller Sanktionen im Zusammenhang mit Proliferationsfinanzierung. Dazu können die Feststellung und Prüfung Ihrer Identität und jener wirtschaftlicher Eigentümer, die Prüfung von Mittelherkunft und Geschäftsbeziehung sowie gesetzlich erforderliche Meldungen an die Geldwäschemeldestelle gehören. Wir verarbeiten die dafür notwendigen Daten aufgrund unserer gesetzlichen Pflichten, insbesondere nach §§ 8a ff und § 9 Abs 5 RAO. Gesetzliche Ausnahmen für Rechtsberatung und Verfahrensvertretung bleiben gewahrt.

Sie müssen jene Daten bereitstellen, die für die Übernahme und Bearbeitung des Mandats erforderlich oder gesetzlich vorgeschrieben sind. Fehlen diese, können wir den Auftrag gegebenenfalls nicht annehmen, nicht ordnungsgemäß bearbeiten oder nicht fortsetzen. Zusätzliche freiwillige Angaben sind nicht Voraussetzung des Mandats.

III. EMPFÄNGER

Innerhalb unserer Kanzlei erhalten jene Personen Zugriff, die die Daten zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen; sie sind zur Vertraulichkeit verpflichtet.

Außerhalb der Kanzlei können Daten, soweit für den jeweiligen Zweck erforderlich und rechtlich zulässig, insbesondere an folgende Empfängerkategorien übermittelt werden:

- Gerichte, Staatsanwaltschaften, Verwaltungs- und Abgabenbehörden, Schiedsgerichte und sonstige zuständige Stellen einschließlich der Geldwäschemeldestelle bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen;

- Gegenparteien und deren Vertreter sowie andere Verfahrens- oder Vertragsbeteiligte; beigezogene Rechtsanwälte und Substituten, Notare, Sachverständige, Dolmetscher und sonstige fachliche Berater;

- Banken (insbesondere KSV 1870), Treuhandeinrichtungen, Versicherungen, Steuerberater, Buchhaltungsdienstleister und gegebenenfalls Abschlussprüfer;

- Rechtsanwaltskammern und gesetzlich zuständige Aufsichtsstellen

- Dienstleister für Kanzleisoftware, elektronischen Rechtsverkehr, Hosting, Kommunikation, IT-Wartung, Datensicherung, Archivierung, Zustellung und sichere Aktenvernichtung.

Auftragsverarbeiter werden nach Art 28 DSGVO vertraglich gebunden. Andere Empfänger können eigenständig datenschutzrechtlich verantwortlich sein. Bei jeder Weitergabe beachten wir die anwaltliche Verschwiegenheit und die gesetzlichen Offenlegungsbefugnisse beziehungsweise -pflichten.

IV. SPEICHERDAUER

Ihre Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen – insbesondere der berufsrechtlichen - Aufbewahrungsfristen für die Bearbeitung des Auftragsverhältnisses, unter Beachtung der abgabenrechtlichen Aufbewahrungsfristen, aber auch unter Beachtung sonstiger zivilrechtlicher Verjährungsfristen zur Abwehr etwaiger Schadenersatzforderungen erforderlich ist.

Nach Abschluss eines Mandats berücksichtigen wir insbesondere folgende Fristen und Kriterien:

Handakten werden grundsätzlich fünf Jahre ab Beendigung der Vertretung aufbewahrt (§ 12 Abs 2 RAO). Steuer- und Buchhaltungsunterlagen werden grundsätzlich sieben Jahre nach Maßgabe des § 132 BAO und § 212 UGB aufbewahrt; der Fristbeginn richtet sich nach dem jeweiligen Gesetz, regelmäßig nach dem Ende des maßgeblichen Kalenderjahres. Für Unterlagen zur Geldwäscheprävention nach § 12 Abs 3 RAO gilt eine Aufbewahrungspflicht von grundsätzlich fünf Jahren ab Ende des Auftragsverhältnisses; die dort geregelte Löschung spätestens nach zehn Jahren sowie die gesetzlichen Ausnahmen werden beachtet.

Soweit einzelne Unterlagen weiterhin zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich sind, bewahren wir diese für die Dauer des konkreten Erfordernisses auf; im Einzelfall können Verjährungsfristen bis zu dreißig Jahre betragen, daraus folgt jedoch keine pauschale Aufbewahrung sämtlicher Mandatsdaten für dreißig Jahre.

Daten aus erfolglosen Mandatsanfragen, technische Protokolle und lediglich zur Kollisionsprüfung benötigte Angaben werden nur so lange gespeichert, wie der konkrete Zweck, eine gesetzliche Pflicht oder ein nachgewiesenes berechtigtes Interesse dies erfordert. Für gesondert vereinbarte Urkunden- und Testamentverwahrung gelten die jeweilige Vereinbarung und die gesetzlichen Vorgaben.

Entfallen alle Aufbewahrungsgründe, werden die betreffenden Daten gelöscht oder irreversibel anonymisiert. Soweit längere Aufbewahrung erforderlich ist, wird die weitere Verwendung auf die zulässigen Zwecke beschränkt.

V. IHRE BETROFFENENRECHTE

Zur Ausübung Ihrer nachfolgenden Rechte kontaktieren Sie uns bitte über die angegebenen Kontaktdaten entweder persönlich, telefonisch oder schriftlich. Bitte beachten Sie, dass wir Ihnen nur dann Auskünfte erteilen können, wenn Sie sich identifizieren können.

Laut der Datenschutzgrundverordnung haben Sie ein Recht auf:

- Auskunft bzgl. Ihrer bei uns gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DSGVO),
- Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten (Art. 16 DSGVO),
- Löschung Ihrer bei uns gespeicherten Daten (Art. 17 DSGVO),
- Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern wir Ihre Daten aufgrund gesetzlicher Pflichten noch nicht löschen dürfen oder zuvor eine genauere Prüfung erfolgen muss (Art. 18 DSGVO),
- Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer Daten gem. Art. 21 DSGVO und
- Datenübertragbarkeit, sofern Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder einen Vertrag mit uns abgeschlossen haben (Art. 20 DSGVO).

Sofern Sie uns eine Einwilligung erteilt haben, können Sie diese jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Dazu genügt eine formlose Mitteilung per E-Mail an uns. Die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung bleibt vom Widerruf jedoch unberührt.

Wir dürfen Sie darauf aufmerksam machen, dass der Rechtsanwalt gesetzlich zur Verschwiegenheit über die ihm anvertrauten Angelegenheiten und die ihm sonst in seiner beruflichen Eigenschaft bekannt gewordenen Tatsachen, deren Geheimhaltung im Interesse seiner Partei gelegen ist, verpflichtet ist (§ 9 RAO).

Sie haben außerdem das Recht auf Geheimhaltung nach § 1 DSG. Der Rechtsanwalt ist gesetzlich zur Verschwiegenheit über die ihm anvertrauten Angelegenheiten und die ihm sonst in seiner beruflichen Eigenschaft bekannt gewordenen Tatsachen verpflichtet (§ 9 RAO). Soweit dies zur Wahrung der anwaltlichen Verschwiegenheit zum Schutz der Partei, der Rechte und Freiheiten anderer Personen oder zur Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche erforderlich ist (§ 9 Abs 4 RAO), können einzelne Betroffenenrechte beschränkt sein; wir prüfen dies im Einzelfall, die Verschwiegenheit rechtfertigt keine pauschale Ablehnung sämtlicher Datenschutzrechte.

VI. BESCHWERDERECHT BEI DER AUFSICHTSBEHÖRDE

Im Falle von Verstößen gegen die DSGVO steht Ihnen ein Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde zu. Dies gilt unabhängig von anderen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfen.

Sie können Ihre Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde insbesondere in dem Mitgliedstaat Ihres Aufenthaltsortes, Ihres Arbeitsplatzes oder des Ortes des mutmaßlichen Verstoßes einreichen. In

Österreich ist dies die Österreichische Datenschutzbehörde (Barichgasse 40 - 42, A - 1030 Wien, +43 1 52 152-0, dsb@dsb.gv.at)